Montags-Ausgabe.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 6gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklamezeile 6,00 Mk.
Für besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Jinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgem. Versicherungsschriften mit Aktionären, Zinszugabeschriften der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberschriften.
Die Zeitung erscheint 1. d. Woche dreizehnmal.
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: «Börsenkrone» | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | **Montag, 27. Oktober 1919** | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Freigabe der deutschen Küstengewässer.

Berlin, 26. Oktober.

Zu der Kieler Meldung über die Milderung der Blockade der Ostseeküste erfahren wir von zuständiger Seite:

Am. 10. Oktober funkte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission: „Infolge des Angriffs auf Riga wird die Freifahrterlaubnis für alle deutschen Schiffe in der Ostsee vorübergehend aufgehoben. Schiffe, die jetzt in der Ostsee in See sind, sind zurückzurufen, und es ist keinen anderen die Erlaubnis zu geben auszulaufen, solange dies Verbot dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen." Es ist inzwischen festgestellt, daß eine Notifikation dieser verhängten Ostseesperre bei den neutralen Ostseestaaten nicht stattgefunden hat.

Auf das deutsche Ersuchen an die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission um Bestätigung, daß die deutsche Schiffahrt in den deutschen Küstengewässern nicht behindert werden wird, antwortete diese, die Aufhebung der Freifahrt für deutsche Schiffe schließe die deutschen Küstengewässer ein.

Unter dem 25. Oktober teilte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission mit: Küstengewässer werden jetzt außerhalb der Beschränkungen stehend betrachtet werden, wie sie im Funkspruch vom 10. Oktober niedergelegt sind.

*

Königsberg, 25. Oktober.

Im hiesigen Hafen liegen neun größere Seedampfer und drei Seeleichter auf, die hier von der Blockade überrascht wurden. Etwa 300 Hafenarbeiter sind brotlos. Nach Verhängung der Blockade ist von neutralen Schiffen lediglich der norwegische Dampfer „Rudolf" hier eingetroffen. Die Binnenschiffahrt ist durch die Blockade ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Von den etwa 350 hier liegenden Binnenschiffen liegen 150 bis 200 auf.

Der österreichisch-ungarische Zusammenbruch.

Der Stand der parlamentarischen Untersuchung.

Wien, 25. Oktober.

Wie das „Neue Wiener Abendblatt" meldet, begann heute vor der Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege die Untersuchung der Vorgänge vom 28. Oktober bis 15. November 1918 an der italienischen Front. Generalstabschef von Arz und sein Stellvertreter von Waldstätten waren erschienen. Die Verhandlung wurde unter Amtsgeheimnis gestellt. Dem „Neuen Acht-Uhr-Blatt" zufolge erklärte Generalstabschef v. Arz, er könne keine Aussagen machen, da er ungarischer Staatsbürger sei und von seiner Regierung ein Aussageverbot erhalten habe. Feldmarschalleutnant Waldstättner hielt einen Vortrag über die Lage zur Zeit des Waffenstillstandes.

*

Wien, 26. Oktober.

Den Blättern zufolge geht aus den Zeugenaussagen, insbesondere des Feldmarschall-Leutnants Waldstätten und anderer Generalstabsoffiziere in der gestrigen Sitzung der Untersuchungskommission über den Zusammenbruch an der italienischen Front übereinstimmend hervor, daß, um unnützes Blutvergießen bis zur offiziellen Einstellung der Feindseligkeiten zu vermeiden, ein anderes Vorgehen unmöglich war. Es war unmöglich, weiterzukämpfen oder Widerstand zu leisten, denn die Truppen wußten von den Waffenstillstandsverhandlungen, und die Front begann sich aufzulösen. Die Front war schon am 3. November 1918 vollkommen zusammengebrochen. Es scheint also festzustehen, daß die damaligen Militärbehörden unter außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen handelten. Was aber Italien anbetrifft, kann objektiv gesagt werden, daß es vollkommen korrekt vorging. Die Kommission wird nun weitere Erhebungen pflegen und sodann einen Beschluß fassen, der dem Staatskanzler Renner mitgeteilt werden wird, welcher das Ergebnis der Nationalversammlung bekanntgeben wird.

Anklage gegen Kronprinz Rupprecht.

Versailles, 25. Oktober.

Eine Meldung „Agence Fournier" will wissen, daß die Anklage gegen den früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern seitens der Alliierten erhoben werden soll, weil er als erster bei seiner Heeresgruppe giftige Gase in einem Augenblick angewendet habe, in dem andere Heerführer sich geweigert hätten, dies zu tun.

Bekanntlich steht es fest, daß laut den beiderseitigen Heeresberichten die Gegner den Anfang gemacht haben. (D. Red.)

Der Stand der Friedensfrage.

Nicht vor dem 20. November in Kraft.

Versailles, 25. Oktober.

Das Blatt „Bonsoir" meldet, in der Sitzung des Fünferrats am Donnerstag sei entschieden worden, den Friedensvertrag mit Deutschland nicht vor dem 11. November, vielleicht sogar nicht vor dem 20. November in Kraft treten zu lassen. Fünfzehn Kommissionen müßten an dem Tage, an dem der Friedensvertrag in Kraft trete, bereit sein, ihre Funktionen aufzunehmen. Außerdem hoffe man auch, daß bis dahin der amerikanische Senat den Vertrag von Versailles ratifiziert haben werde.

Petersburg wieder aufgegeben?

Judenitsch' Mißerfolg.

Versailles, 25. Oktober.

Einiger Pariser Blätter lassen durchblicken, und „Chicago Tribune" bestätigt es, daß man in Pariser diplomatischen Kreisen jede Hoffnung verloren habe, daß General Judenitsch Petersburg einnehmen könne. Auch „Populaire" erklärt, der Mißerfolg des Generals Judenitsch werde bestätigt. „Chicago Tribune" glaubt sogar, daß Judenitsch vielleicht vor bolschewistischen Kräften den Rückzug antreten müsse und daß die Rote Armee möglicherweise sogar einen Teil der baltischen Provinzen besetzen werde.

Die „Entscheidungsschlacht" gegen die Rätemacht.

Die Bolschewisten greifen an.

Helsingfors, 25. Oktober.

Wie gemeldet wird, greifen die Bolschewisten an der Petersburger Front mit starken Kräften an. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß Judenitschs Offensive vorläufig beendet sei. „Hufvudstadsbladet" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Frankreich baldige energische Unterstützung für Judenitsch versprochen habe.

*

Amsterdam, 26. Oktober.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Bolschewisten bei den Kämpfen um Petersburg Tanks in das Gefecht bringen wollen, die sie selbst erbaut haben.

Der lettische Uebergriff.

Mitau, 21. Oktober.

Gegen die Festsetzung des deutschen Leutnants Stein ist unter Hinweis darauf, daß die Eiserne Division der deutschen Regierung nicht mehr untersteht, nachdrücklich protestiert und die sofortige bedingungslose Freilassung des deutschen Offiziers verlangt worden.

Deutsche Radfahrerkompagnie aufgerieben.

Mitau, 23. Oktober.

Litauische Truppen haben die Postierungen der deutschen Radfahrkompagnie Juborg in Szymkajgie an der Straße Borki—Roffinie überfallen, nachdem sie vorher die Telephonleitung Juborg-Szymkajgie durchgeschnitten hatten. Bei dem Überfall wurden 4 Jäger getötet, 7 werden vermißt.

Die Letten beschießen einen amerikanischen Offizier.

Helsingfors, 24. Oktober.

Nach hier vorliegenden Meldungen aus russischer Quelle ist der Chef der amerikanischen Roten Kreuz-Hilfe im Baltikum, Oberst Ryan, heute aus Riga in Mitau eingetroffen. Auf seine Bitte wurde russischerseits das Feuer auf Stunden eingestellt. Von lettischer Seite war dem amerikanischen Oberst die gleiche Zusage gemacht worden. Beim Überschreiten der Rigaer Brücke wurde er von Letten unter Maschinengewehrfeuer genommen und dauernd beschossen, trotzdem er mit einer weit sichtbaren weißen Flagge verabredungsgemäß Zeichen gab. Auch das ihm entgegengeschickte amerikanische Automobil wurde von lettischer Artillerie mit Schrapnells beschossen.

General Mangin geht nicht ins Baltikum.

Versailles, 25. Oktober.

„Intransigeant" bestätigt, daß zwischen General Mangin, der mit einer Mission im Baltikum betraut werden sollte, und Ministerpräsident Clemenceau ein Konflikt ausgebrochen sei. Infolgedessen sei dem General seine Mission entzogen worden. Man werde nunmehr einen anderen weniger bekannten General entsenden.

Sozialdemokratie und Heimgekehrte.

Rede des Vizepräsidenten der Nationalversammlung.

Die S. P. D. Bezirksorganisation Berlin veranstaltete am gestrigen Sonntag vormittag eine eindrucksvolle Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen, denen ein hochwertiges künstlerisches Programm von ersten Künstlern geboten wurde. Die Festrede hielt der Vizepräsident der Nationalversammlung Loebe-Breslau. In formvollendeter Rede wies Loebe auf den Unterschied der Hochstimmung am 1. August 1914 und der jetzigen gedrückten geistigen Verfassung des deutschen Volkes hin. Er gedachte dann vor allem der Toten des Weltkrieges und besonders derer, die auf den Friedhöfen der Kriegsgefangenenlager gebettet werden mußten. Ihnen allen, sowie den Heimgekehrten, sei der unauslöschliche Dank des deutschen Volkes gewiß. Wenn der deutsche Arbeiter, so fuhr Loebe fort, im kommenden Frühjahr bei den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich mit dem französischen Bauer zusammen arbeiten werde, so werden beide oft genug auf klaffende Schädel und auch Erkennungsmarken stoßen, die ihnen zeigen, daß hier die Überreste eines deutschen Kriegers geruht haben. Den Heimgekehrten rufe die Heimat zu, daß sie sie herzlich begrüße, und daß man sich freue, 300 000 unserer Kriegsgefangenen wieder auf dem Boden unseres Vaterlandes zu sehen. Sie finden eine veränderte Heimat vor, mit furchtbaren Fesseln und Lasten. Man darf nur wünschen, daß die Heimgekehrten recht bald die Brücke zu den veränderten Verhältnissen in der Heimat finden mögen. Im weiteren Verlauf der Ausführungen gedachte Loebe auch des verwundeten Abgeordneten Haase, dem man nie vergessen werde, daß er als Führer der Partei zu Beginn des Krieges die Worte geprägt habe: „In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich." Loebe streifte dann kurz die Schuldfrage am Kriege und betonte, daß die Schuldigen nicht nur in Paris und London, sondern auch teilweise in Berlin gesessen haben.

Die alte Regierung habe im Verlauf des Krieges den Ernst der Lage, die Leiden des Volkes und die ganze Volksstimmung verkannt. Und so kam es, daß in einer einzigen Nacht der Panzer zerbrach, der verweinte, die ganze Welt begwingen zu können. Die Macht der alten kaiserlichen Regierung ist wie ein morscher Baum zusammengebrochen. Der 9. November ist nicht von einer Organisation gemacht worden, sondern man hatte nur nötig, die Macht, die den alten Regime aus den Händen gefallen war, aufzuheben. Die deutschen Fürsten haben damals nicht nur ihre Krone, sondern teilweise sogar ihr Vaterland verlassen. So wurde die Bahn frei für die neue Staatsgewalt. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist freilich einstweilen noch an keine Wiederaufrerstehung zu denken. Man kann in dieser Beziehung nicht einmal auf eine baldige Befreiung hoffen. Die Heimgekehrten müßten sich darüber klar sein, daß Deutschland ein blutermes Land geworden sei. Darüber könne die Sorglosigkeit der Straße nicht hinwegtäuschen. Loebe unterstrich diese Ausführungen durch statistische Angaben, welche die Lage unserer Finanzen und unserer Volkswirtschaft deutlich kennzeichneten. Loebe verteidigte dann die Regierung gegen gewisse Vorwürfe in der Kriegsgefangenenfrage. Sie habe im Verein mit der Volksvertretung alles Menschenmögliche getan, um die Kriegsgefangenen frei zu bekommen, aber Machtmittel standen dem Reich nicht zur Verfügung. Ebenso war die Abschließung des Waffenstillstandes mit seinen harten Bedingungen eine bittere Notwendigkeit, durch die man unzähligen deutschen Kriegern Gesundheit und Freiheit gerettet habe. Die Armee hatte seit der Augustoffensive tagtäglich 10000 Mann an Gefangenen verloren.

Schließlich bat Loebe die heimgekehrten Kriegsgefangenen herzlich, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches und mit der Regierung und dem gesamten deutschen Volk dahin zu wirken, daß nun schnell der letzte deutsche Kriegsgefangene aus Deutschland zurückkehre. Dann erst werde man mit neuem Mut an den Wiederaufbau der Wirtschaft und des Volkswesens gehen können, geleitet von dem Ziel, daß dieser Krieg der letzte gewesen sein müsse.

Bitte deutscher Frauen für unsere Gefangenen.

Berlin, 25. Oktober.

Vom „Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen" geht uns folgende Mitteilung zu:

Eine Abordnung von Frauen, Vertreterinnen unseres Bundes, wurde in Schweden vom Prinzen Karl empfangen. Sie trug im Namen von Millionen deutscher Frauen und Mütter die Bitte vor, Prinz Karl möge sich in seiner Eigenschaft als Leiter des schwedischen Roten Kreuzes für die Befreiung unserer Gefangenen, besonders der in Sibirien und Turkestan, verwenden. Prinz Karl hat mit größtem Interesse und warmer Teilnahme die Bitte der Frauen entgegengenommen und weitgehendste Hilfe und Unterstützung an diesem Werk der Menschlichkeit zugesagt. Desgleichen hat auch die Kronprinzessin von Schweden auf die Bitte unserer Vertreterinnen sich an leitende Persönlichkeiten des amerikanischen Roten Kreuzes und an England gewandt. Ferner wurden unsere Frauen von Vertretern der schwedischen Regierung und Vertretern des schwedischen Roten Kreuzes empfangen, denen sie die gleiche Bitte vortrugen und auch hier die Zusage erhielten, daß alles geschehen würde, um den Gefangenen die gewünschte Hilfe zu bringen.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Montag, den 27. Oktober.

Opernhaus.
221. Abonnem.-Vorstellung: **Salome.** Anf. 7½ Uhr.

Schauspielhaus.
238. Abonnem.-Vorstellung: **Minna von Barnhelm.** Anfang 7 Uhr.

Direkt.: **Max Reinhardt.**
Deutsches Theater.
6½ Uhr: **Faust I.**

Kammerspiele.
7 Uhr: **Iwanow.**

Dir.: **Victor Barnowsky.**
Lessing-Theater.
7½ Uhr: **Christa, die Tante.**

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: **Cyprienne.**

Dir. **Meinhard-Bernauer.**
Theater i. d. Königgr. Str.
7 Uhr: **Schloß Wetterstein.**

Komödienhaus.
½8 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater.
7 Uhr: **Dummejungfindenten.**

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Das höhere Leben.**

Trianon-Theater.
7 Uhr: **Maskerade.**

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: **Die Faschingsfee.**

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: **Fidelio.**

Eden-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
7¼ Uhr: **„U. A. w. g."**

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
7½ Uhr: **Gretchen.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Helden.**

Kleines Schauspielhaus.
7½ U.: **Er kann nicht fehlen.**

Komische Oper.
7½ Uhr: **Liebeszauber.**

Lustspielhaus.
7½ Uhr: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill.**

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: **Die Dame vom Circus.**

Schiller-Theater Charl.
7½ U.: **Der Meineidbauer.**

Thalia-Theater.
7½ U.: **Jungfer Sonnenschein.**

Theater a. Nollendorfpl.
7¼ Uhr: **Der Liebesteufel.**

Theater des Westens.
7½ Uhr: **Die Frau im Hermelin.**
Sig. 9½: **Max und Moritz.**

Theater „Die Tribüne".
Charl., Berliner Str. 57/58.
7½ Uhr: **„Die Wandlung".**

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **Dr. Stieglitz** mit **Rud. Schildkraut.**

Amerika und das türkische Mandat.

Versailles, 25. Oktober.

Der amerikanische General Harbord ist nach Paris zurückgekehrt, um über seine Mission in Armenien Bericht zu erstatten. Obgleich General Harbord sich geweigert hat, Erklärungen abzugeben, glaubt „Temps" zu wissen, daß die Mitglieder der amerikanischen Mission sich zwar gegen die Annahme eines amerikanischen Mandats in Armenien aussprechen, einem allgemeinen Mandat Amerikas in der Türkei aber weniger feindlich gegenüberstehen.

Verlegung eines Beamtenratsgesetzes.

Der interfraktionelle Beamtenausschuß der Nationalversammlung hat am Freitag einstimmig eine Entschließung angenommen, welche die sofortige Vorlegung eines Gesetzes einheitlich für das ganze Reich zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts der Beamten fordert.

Kleine Nachrichten.

Nach den englischen Blättern wurde in der Unterhaussitzung vom 23. mitgeteilt, daß sich am 20. Oktober noch 72065 Kriegsgefangene in England befanden.

*

Das Befinden des Abgeordneten Haase ist nach wie vor sehr bedenklich.

*

Die englischen Blätter bestätigen, daß Francis Lindley zum britischen Oberkommissar in Wien ernannt wurde.

*

Der Antwerpener Schifferstreik ist beendet.

*

„Journal Officiel" veröffentlicht das Gesetz, das die Kammerwahlen auf den 16. November und die Nachwahlen auf den 30. November festsetzt. Damit ist die Wahlkampagne offiziell eröffnet.

*

Nach einer Meldung aus Kairo ist in Ägypten eine Bewegung unter den Eisenbahnern ausgebrochen, die den Generalstreik voraussehen läßt.

*

General Emile Mangin, der mit einer Mission auf dem Balkan betraut worden ist, ist in Konstantinopel angekommen.

*

6000 Angestellte des Warenhauses „Bon Marché" sind heute früh in den Ausstand getreten, doch wird der Betrieb von einer gewissen Anzahl Arbeitswilliger aufrechterhalten.

*

Im September betrug der Import nach Estland 35 Millionen Mark, exportiert wurden dagegen 26 Millionen Mark. Der Transitimport betrug 27 Millionen Mark.

*

Der „Vorwärts" meldet nach der „Hamburger Kommunistischen Arbeiterzeitung", daß sich die K. P. D. (Spartakusbund) gespalten hat. Auf ihrem Parteitag absentierte sich eine Minderheit, die sich zu einer neuen Partei konstituieren will.

Unruhen in Frankreich.

Versailles, 25. Oktober.

Der Fünferrat hielt vormittags eine Sitzung ab, in der er zuerst Kenntnis nahm von den bulgarischen Gegenvorschlägen, die den zuständigen Ausschüssen zur Prüfung übermittelt wurden. Er beschäftigte sich alsdann mit der Frage der Volksabstimmung im Bezirk von Teschen sowie mit einer Beschwerde der polnischen Delegation, die behauptet, in Oberschlesien fänden Kommunalwahlen statt, die erst nach Ankunft der interalliierten Kommission, die die Volksabstimmung vorbereite, vor sich gehen könnten. Der Friedensausschuß besprach dann die Unruhen, die durch die Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen sind. Der Fünferrat befürchtet, daß die dorthin entsandten deutschen Truppen unter dem Vorwand, gegen Unruhen vorzugehen, zu Verhandlungen schreiten könnten, die die Volksabstimmung beeinträchtigen würden.

Zufolge des W. T. B.: Wie wir zu dem letzten Passus erfahren, kann von Unruhen, die infolge der Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen sein sollen, nicht die Rede sein. In Wirklichkeit haben in der vorigen Woche Übergriffe arbeitsloser Elemente stattgefunden, und um solche für die Zukunft unmöglich zu machen, ist ein Bataillon nach Flensburg geschickt worden. Seine Anwesenheit hat genügt, um die Ruhe vollkommen sicherzustellen. Eingriffe der Truppen sind nicht nötig gewesen. Befürchtungen, daß die Anwesenheit der Truppen die Volksabstimmung beeinträchtigen könnte, sind vollkommen unbegründet.

Versailles, 25. Oktober.

Durch ein Dekret, das das „Journal Officiel" veröffentlicht, ist das Hohe Kommissariat für französisch-amerikanische Kriegsangelegenheiten, an dessen Spitze André Tardieu stand, aufgelöst worden.

Die Regierungskrise in England.

Amsterdam, 26. Oktober.

„Algemeen Handelsblad" zufolge schreibt der Lloyd George nahestehende Daily Chronicle, daß an der Gesetzesvorlage, mit der die Regierung im Unterhause eine Niederlage erlitten hat, nichts geändert werden könne, da dies eine Beleidigung für das französische Volk wäre. Daily Chronicle erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht hat, ihre Haltung zu ändern. Sie sucht festzustellen, was die Ursache dieser regierungsfeindlichen Kundgebung war und ist damit beschäftigt, eine neue Klausel anzuwenden, die wahrscheinlich einerseits die Befürchtungen der ausgesprochenen Franzosenfeinde im Unterhause aus dem Wege räumen und andererseits der Empfindlichkeit der Franzosen Rechnung tragen wird. Damit hofft man zu erreichen, daß das Unterhaus sich wieder beruhigen und seine Arbeiten fortsetzen wird. Die konservative „Morning Post" schreibt, die Regierung habe eine höchst notwendige Lektion erhalten, und es sei jetzt klar, daß die Wahlversprechungen nicht als Fetzen Papier betrachtet werden dürfen, und daß Shortt nicht mehr länger Staatssekretär für innere Angelegenheiten bleiben kann.

*

London, 24. Oktober.

Reutermeldung.

Heute vormittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten um über die Lage zu beraten, die sich aus der Niederlage ergibt, die die Regierung gestern abend im Unterhause erlitten hat. Wie verlautet, will man dem Hause die Möglichkeit geben, von seiner Entscheidung zurückzukommen, da die Regierung von ihrer Haltung der Anerkennung französischer Pfiffterung in gewissen britischen Häfen nicht abgehen kann.